

# Wenn die Krise in der Krise ist

Fridays-for-Future-Aktivistinnen aus Hannover wollen weiter gegen den Klimawandel protestieren – und fühlen sich jetzt durch den Ukraine-Krieg und die neuerliche Nachfrage nach fossilen Energien ausgebremsst

Von Petra Rückerl

**Hannover.** Es ist nicht einmal drei Jahre her, da mobilisierten die Kinder und Jugendlichen von Fridays for Future (FFF) Hunderttausende Menschen, auch Ältere, für ihren Kampf gegen die Klimakrise. Im September 2019 waren es 30.000, die allein in Hannover beim großen FFF-Sternenmarsch die City lahmlegten, in Berlin waren es 270.000, weltweit mehr als eine Million. Vorneweg mehrheitlich junge Menschen, die gut informiert, friedlich und beherzt für ihre Zukunft kämpften. Dann kam Corona. Und dann kam der Krieg.

Ein grüner Bundeswirtschaftsminister muss nun zähneknirschend fossile Energien bei autokratischen Herrschern einkaufen. In Niedersachsen wird die Erdgasbohrung im streng geschützten Wattenmeer erwogen, Fracking ist auch hier kein Unwort mehr. Kohlekraftwerke wie das in Mehrum bleiben länger am Netz. Die energiepolitische Kehrtwende trifft die Aktiven von FFF mitten ins Herz, die Klimaretter sind nun die „Generation Krise“. Wie geht es ihnen damit?

## ► So sieht es Ava (15)

„Es ist schwierig, denn man weiß ja, dass die Krisen nicht kleiner werden, wenn man älter wird“, sagt die 15-jährige Ava Reginatto. „Die werden sich im wahrscheinlichsten Fall eher verschlimmern. Und wenn man über sein Leben nachdenkt, weiß man, dass man Krisen immer mit einplanen muss.“ Am meisten nervt die Fridays-Aktivistin aus Hannover dabei, „dass es nicht hätte passieren müssen. Wäre man früher auf erneuerbare Energien umgestiegen, wären wir nicht in der aktuellen Lage“.

Die Schülerin der Bismarckschule macht es zuweilen wütend, „dass wir nicht einmal jetzt ernst genommen werden“. Aber sie sieht ihre Wut auch konstruktiv. „Wenn ich sauer bin auf Leute, weil sie nicht rechtzeitig etwas gegen den Klimawandel getan haben, kann ich nicht das Gleiche tun. Ich will mich weiter politisch engagieren. Diese Emotio-



Sie kämpfen weiter: Die Klimaaktivistinnen von Fridays for Future (von links) Constanze Hüper (17), Helen Knorre (18), Ava Reginatto (15) und Amelie Rode (15) halten an ihren Idealen fest.

FOTO: CHRISTIAN BEHRENS

nen geben mir dafür die Energie.“ Sie will sich und andere weiter informieren – weil das gegen die Ohnmacht helfe. Das müsse kein Festkleben auf Autobahnen sein, wie es die Klimaaktivisten der „letzten Generation“ machen, sagt die 15-Jährige. Verständnis aber habe sie dafür. „Wir haben es sehr lange weniger radikal versucht. Wenn das alles nichts bringt, muss man radikaler werden. Man muss realisieren, dass wir uns in einer supergroßen Klimakrise befinden.“

## ► Das meint Constanze (17)

Dieser Ansicht ist auch ihre Mitstreiterin Constanze Hüper (17). Die Schülerin der Sophienschule hatte die Arbeit mit den anderen Fridays wie eine Art Antidepressivum erlebt. „Ich hatte als Kind Umweltokus gesehen und gemerkt, die Welt ist nicht perfekt – ich fühlte mich machtlos.“ Dann aber kam die FFF-Bewegung. Zwei Wochen vor dem Lockdown 2020 war sie beim ersten FFF-Plenum. „Da habe ich gemerkt, dass ich die schlechten Gefühle mit

dieser Arbeit bewältigen konnte. Das hat mir so viel gegeben, dass ich auch während der Corona-Zeit da geblieben bin, Freundinnen und Freunde fand, fast wie eine Art Familie.“

Diese „Familie“ gibt ihr weiter Kraft, sie will auch angesichts der neuen Krisen für das Klima kämpfen. Nein, die Kriegsfolgen und Corona wolle sie keinesfalls herunterspielen. „Man sieht an jeder Ecke von Hannover Ukraine-Fahnen, überall Testzentren. Das ist super,

denn es zeigt, dass die Krisen als solche wahrgenommen werden.“ Aber die 17-Jährige wünscht sich, dass die Klimakrise nicht als zweitrangig behandelt würde. Man müsse viel mehr Geld in öffentliche Verkehrsmittel investieren. „Ich finde es unglaublich, dass man 3 Milliarden Euro in den Tankrabatt steckt. Warum investiert man nicht die 3 Milliarden in das Schienennetz?“

Dass jetzt Kohlekraftwerke wie in Mehrum am Netz bleiben, dass fossile Energien wieder gefragt sei-

en, ja, das bereite ihr schon schlaflose Nächte, sagt Constanze. „Ich kann das zwar nachvollziehen, der Krieg ist jetzt da, da muss auch direkt gehandelt werden. Aber es ist keine Lösung, von einer Krise direkt in die nächste zu springen.“ Die Klimakrise sei nicht kleiner als der Krieg. „Es ist ein Dilemma, aber ich würde alles tun, um nicht diesen Rückschritt zu machen“, betont sie.

## ► Das ist Helens (18) Ansicht

Es gehe in dieser Zeit auch um soziale Gerechtigkeit, meint Helen Knorre (18), die gerade ihr Abi in der Tasche hat. Der Ausbau klimafreundlicher Energien könne einen großen Beitrag leisten, dass die Gesellschaft sozial gerechter werde, meint sie. „Wenn wir so tun, als könnten wir die Kriegsfolgenkrise auf Kosten des Klimawandels lösen, dann verschieben wir nur die Kosten in die Zukunft. Mit jeder politischen Handlung, die den Schutz des Klimas verhindert, steigen diese.“ Durch den Krieg gegen die Ukraine würde deutlich, wie viele verschleppte Entscheidungen es in der deutschen Politik gegeben habe. „Dass es normal war, bei unserer Wärme- und Energieversorgung von einem Autokraten abhängig zu sein, wird uns jetzt erst richtig bewusst“, sagt sie über den russischen Regierungschef Wladimir Putin.

Das könne schon müde machen, gibt Helen offen zu. Auf die Frage, wie sie sich angesichts der Krisen fühle, sagt sie: „Ziemlich überfordert, weil es sich so anfühlt, als ob mein Kopf es gar nicht schafft, alles gleichzeitig zu realisieren, was an Krisen in der Welt passiert. Man ist gefühlt dabei, noch die eine Krise zu verarbeiten – und schon kommt die nächste.“

## ► Das findet Amelie (15)

Für sich – und irgendwie auch die Gesellschaft – einen Ausweg sieht Amelie Rode (15), Schülerin der IGS Linden. „Ich bin ein optimistischer Mensch, deswegen ist mein Blick auch eher optimistisch. Wir können es noch schaffen, es gibt gute Zeichen. Es haben relativ viele Menschen verstanden, es gibt das Bewusstsein, den Dialog – daraus müssen nur noch die richtigen Handlungen entstehen.“

Die 15-jährige FFF-Aktivistin hat auch schon Ideen, wie man diese richtigen Handlungen transportieren könnte: Sie möchte Journalistin werden. „Gerade mit Blick auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine oder mit Blick auf Russland, wo die Presse nicht frei ist, sieht man, wie wichtig Journalismus ist.“ Zuerst war es nur ein Wunsch, jetzt sogar eine Notwendigkeit, „denn man will nicht so ohnmächtig sein angesichts der Krisen“. Ihr helfe „kritische Berichterstattung total, eine eigene Meinung zu bilden“, und gerade in diesen Zeiten sei es wichtig, sich zu informieren. „Deswegen möchte ich später auch anderen Menschen diese Möglichkeit als Journalistin geben. Das fände ich total schön.“

## JUGENDFORSCHER IM INTERVIEW

# „Eine bittere Botschaft für die Fridays“

Jugendforscher Klaus Hurrelmann, Professor an der „Hertie School“ in Berlin, sieht die Klimaaktivisten von Fridays for Future in einem Dilemma.

**Kinder und Jugendliche sind massenhaft für ihre Zukunft auf die Straße gegangen, nun wird kriegsbedingt auf fossile Energien gesetzt. Was macht das mit ihnen?**

Für die ist das eine bittere Entwicklung. Sie sind sensibel und gut informiert, können Informationen sorgfältig beurteilen, sind genaue Beobachter von Krisen. Also sind sie in einem echten Dilemma, weil sie kei-

ne der beiden Krisen – Klima und die Kriegsfolgen – in ihrer Gefährlichkeit leugnen würden. Sie sehen mit Schmerzen, dass ihr existenzielles Thema, die Gefährdung von Klima und Umwelt, in den Hintergrund tritt. Und müssen realistischere zugeben, dass die Sicherheitspolitik möglicherweise vor der Umweltpolitik stehen muss, weil es um unmittelbare Gefahren für Europa geht.

**Manche radikalisieren sich, die „letzte Generation“ klebt sich auf Autobahnen fest. Wird sich das verschärfen?** Ja, viele werden sich radikalen Bewegungen anschließen. Das wird si-

cher zunehmen, weil der Ist-Zustand so nicht erträglich ist. Dazu kommt die Sorge, dass die Furcht vor dem Krieg gemisbraucht und als Vorwand genommen wird, die Klimapolitik zu stoppen.

**Wenn ich als 16-Jährige nur die Wahl zwischen Pest und Cholera habe, macht mich das dann auch depressiv?**

Ja, bei den Fridays kann man sagen: Solan-

ge diese Bewegung aktiv war und Erfolg hatte, wirkte das wie ein Antidepressivum für diese oft hochsensiblen Menschen. Sie merkten, sie können etwas bewirken. Das ist jetzt nicht mehr der Fall.

**Kann man von der „Generation Krise“ sprechen?** Das kann man so sagen. Es gibt eine Kaskade von existenziellen Krisen, die sich teilweise übereinanderlegen. Und gerade in dieser Phase des Lebens, also von zwölf bis 20, schaut

Klaus Hurrelmann

FOTO: REINER ZENSEN



# In Niedersachsen fehlen 11.000 Fachkräfte für Ganztagsbetreuung

Bertelsmann-Stiftung legt Studie für Kindertagesstätten und Grundschulen vor / Expertin fordert Personaloffensive

Von Melissa Erichsen

**Hannover/Gütersloh.** In Niedersachsen und Bremen fehlt für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung noch Personal. Um allen Schülerinnen und Schülern eine Ganztagsbetreuung zu bieten, wären in Niedersachsen demnach rund dreimal so viele und in Bremen etwa doppelt so viele Fachkräfte nötig, wie voraussichtlich vorhanden sein werden. Diese Zahlen finden sich in der am Dienstag veröffentlichten Studie „Fachkräfte-Radar“ der Stiftung für Kindertagesstätten und Grundschulen.

Nach Angaben der Studie liegt die Lücke zwischen der Zahl prognostizierter Fachkräfte und der benötigten Fachkräfte in Niedersachsen bei 11.000 und in Bremen bei etwa 700.

Demnach nutzen derzeit in Niedersachsen 49 Prozent der Kinder im Grundschulalter ein Ganztagsangebot. Dies liegt etwas über dem durchschnittlichen Niveau in den westdeutschen Bundesländern von 47 Prozent. Zudem besuchen in Niedersachsen 12 Prozent der Kinder ein sogenanntes Übermittagsangebot, das bis etwa 14.30 Uhr zur Verfügung steht. Im westdeutschen Durchschnitt sind es 18 Prozent.

## Ostdeutschland liegt vorn

Gleichzeitig liegen diese Teilhabquoten deutlich unter dem Schnitt der ostdeutschen Bundesländer von 86 Prozent. Würde Niedersachsen bis 2030 zunächst den ostdeutschen Stand mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 40 Stunden erreichen, würden selbst dann statt fast 11.000 immer noch knapp 8000 Fachkräfte fehlen.

Nähe ein Teil der Kinder weiterhin die kürzere Übermittagsbetreuung in Anspruch, wäre der Personalmangel laut Studie zwar niedriger, läge aber noch bei fast 6000 Personen. Insgesamt stünden damit in Niedersachsen zwischen 6000 und 11.000 Fachkräfte weniger zur Verfügung, als tatsächlich benötigt werden. Das sind fast doppelt beziehungsweise mehr als dreimal so viele Personen wie die mehr als 3000 Fachkräfte, die laut Prognose bis 2030 als neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzukommen werden.

Die im „Fachkräfte-Radar“ beschriebenen Szenarien stellen verschiedene Handlungsoptionen für die Politik dar. Aus Sicht von Kathrin Bock-Famulla, Expertin für frühkindliche Bildung der Bertelsmann-Stiftung, zeigen die Szenarien allerdings deutlich eine Tendenz: „Niedersachsen kann die Umsetzung

des Rechtsanspruchs nicht für alle Kinder bis 2030 stemmen, denn der Fachkräftebedarf ist bis dahin kaum zu decken.“

Hinzu kommt nach Angaben der Expertin, dass das Bundesland bis zum Jahr 2030 zusätzlich einen

enormen Bedarf von bis zu 17.000 Fachkräften für die Kindertagesstätten hat. „Genügend und gut qualifiziertes pädagogisches Personal ist aber erforderlich, damit der Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung jedem Grundschulkind

die besten Bildungschancen ermöglicht“, sagte Bock-Famulla. Das Land Niedersachsen müsse daher gemeinsam mit allen Verantwortlichen umgehend eine langfristige Fachkräfteoffensive auf den Weg bringen, damit zumindest im nächsten Jahrzehnt ein ausreichendes Personalangebot verfügbar sei.

## Rechtsanspruch ab 2030

Von 2030 an haben Grundschülerinnen und Grundschüler einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung mit einem Umfang von 40 Stunden wöchentlich. Der entsprechende Beschluss von Bund und Ländern vom September vergangenen Jahres soll schrittweise umgesetzt werden. Vom Schuljahr 2026/2027 an greift die Regelung bei Kindern der ersten Klasse, von 2029/2030 an dann bei allen Klassen.



Basteln nach der Schule: Die neue Studie stellt einen deutlichen Mangel an Kräften für die Ganztagsbetreuung fest.

FOTO: UWE ANSPACH/DPA